

S. COGNETTI DE MARTIIS

# Ne quid nimis!

Ein offenes Wort über Socialreform  
an diejenigen, die es angeht.

DI ECONOMIA POLITICA  
Cognetti de Martiis »

Cogn.  
323

Von

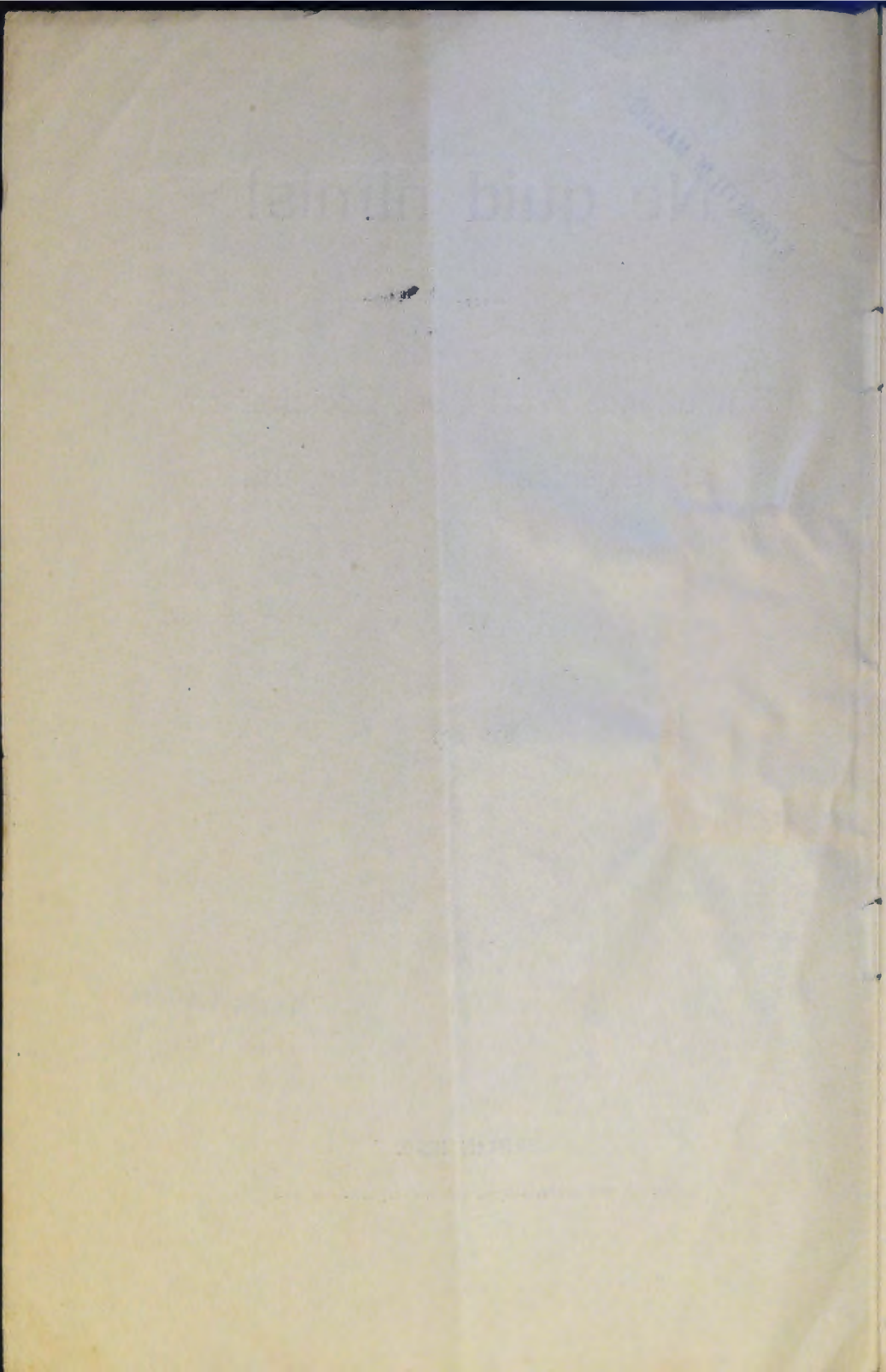
Fr. Sp.



N.ro INVENTARIO  
PRE 15427

BERLIN 1890.

Druck von Gebr. Unger, Schönebergerstrasse 17 a.



Courmayeur, 20. Mai 1890.

Warum ich diesen Aufsatz veröffentliche? Weil ich es für die Pflicht eines Jeden halte, sich mit dem niemals lösbaren Problem der socialen Frage zu beschäftigen und an seinem Theil zu einer Milderung der Gegensätze das Mögliche beizutragen; denn Gegensätze vergrössern sich, wenn man sie künstlich verschärft, ebenso wie sie sich verringern, wenn mit starker Hand auf beiden Seiten für Maasshaltung gesorgt wird!

Wenn es schon eine alte Erfahrung ist, dass selbst der mitten im Kampfgewühl einer weltbewegenden Frage stehende Nüchterne nicht selten den klaren Blick verliert, so wird dies noch vielmehr bei dem Enthusiasten der Fall sein, den Schwärmerei und Idealismus die Unzulänglichkeit alles dessen, was Menschen leisten können, vergessen lassen. Nichts ist gefährlicher als dies! Gewiss soll dem, welcher der schwerfälligen Masse mit seinen Gedanken vorausseilt, Sitz und Stimme im Areopag über das Gemeinwohl nicht aberkannt werden, denn er ist der geistige Bahnbrecher; aber nach ihm kommen die Tagelöhner an der Geistesarbeit, die das Gold der Gedanken in gangbare Münze umzuprägen haben!

### Was bis jetzt geschehen ist!

In Deutschland, das sich anzuschicken scheint, wieder einmal der Kriegsschauplatz für den Entscheidungstreit zweier sich entgegenstehender Meinungen zu werden, nimmt die sociale Frage seit einem Jahrzehnt den Vordergrund des geistigen Interesses ein! Durch das von der gesamten Nation getheilte Verlangen nach einer umfassenden socialen Reform



ist in allen denjenigen, welche Arbeitgeber in des Wortes weitester Bedeutung sind, das Pflichtbewusstsein der Sorge für das materielle Wohl ihrer Arbeiter auch über die Lohnzahlung hinaus, wenn nicht erweckt, so doch geschürt worden. Man darf sogar sagen mit einer gewissen Voreingenommenheit gegen das „Capital“, bei dem man, auch in Officers-, Beamten- und Gelehrtenkreisen, nichts als Egoismus beobachten wollte! Dieser Appell an die Noblesse der Besitzenden ist nicht vergebens gewesen und kein unparteiisch Urtheilender wird bestreiten wollen, dass grosse Opfer gebracht worden sind. Durch die Schaffung der Krankenkassen wird der Arbeiter sowohl der Sorge um Pflege und Wartung in Zeiten körperlicher Arbeitsunfähigkeit als auch der Deckung der dringendsten Bedürfnisse des Lebens enthoben. Die Unfallversicherung hat mit einem Schlage für einen grossen Theil unserer arbeitenden Bevölkerung reichliche Versorgung gegen die Folgen von Unglücksfällen geschaffen, wie sie leider in jedem Betriebe immer vorkommen werden und an deren Eintreten sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer unschuldig ist.

Endlich sichert das Invaliden- und Pensionsgesetz dem dauernd durch Krankheit oder Alter arbeitsunfähig Gewordenen eine bescheidene Rente für den Rest seines Lebens.

Nur derjenige, der nicht im praktischen Leben steht, kann leugnen, dass durch alle diese Arbeiter-Wohlfahrts-Gesetze der vaterländischen Industrie erhebliche Verpflichtungen auferlegt worden sind; aber diese Opfer sind und man muss dies dem Gemeinsinn der Gesamtheit der „besitzenden Klasse“ hoch anrechnen, gern gebracht worden, denn der deutsche Arbeitgeber ist Gott sei Dank der Blutsauger und Sklavenvoigt nicht, als welcher er in socialdemokratischen Brandreden hingestellt wird, und man darf im Gegentheil die Behauptung aufstellen, dass es wenige brave und pflichttreue Arbeiter geben wird, die nicht im Falle der Noth von ihren Brodherren reichliche besondere Unterstützungen erhalten hätten.

Der deutsche Reichstag hat, während dies geschrieben wird, zur Regelung der unmittelbaren Rechtsverhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, die Gewerbeordnung umzuändern; es ist hier nicht der Ort auf die Einzelheiten dieser Novelle einzugehen; dieselbe wird im Wesentlichen nach den Vorschlägen des Bundesrathes unter Dach und Fach kommen.

### Was weiter für den Arbeitnehmer geschehen soll!

Nachdem somit für die materielle und sanitäre Wohlfahrt eines grossen Theiles der arbeitenden Klassen gesorgt ist, wünscht die Gesamtheit der Arbeitgeber nunmehr Ruhe; sie will nicht durch zu weit gehende, ihren Arbeitern von autoritativer Seite gemachte Versprechungen beunruhigt sein; dagegen ist sie der Ueberzeugung, dass der weitere Ausbau der bestehenden Gesetze nach Massgabe der erzielten Erfahrungen einerseits, und mit Rücksicht auf diejenigen Arbeiter, welche der Segnungen der neuen Einrichtungen noch nicht theilhaftig sind, vorgenommen werden muss. Hierher gehören: Ausdehnung des Krankenkassengesetzes auf sämtliche diätarisch angestellte und Privatbeamte, welche ein jährliches Gehalt von unter 2000 Mk. beziehen, und welche einer Kasse noch nicht angehören, ferner Gestattung des Anschlusses aller selbständigen Personen, Gewerb- und Handel-treibender, Künstler, Gelehrter etc., welche dies wünschen. Unter diesen Berufskreisen giebt es viele Individuen, welche weniger verdienen als ein guter Schlosser oder Dreher und welche ganz anderen Sorgen ins Gesicht zu sehen haben als ein Fabrikarbeiter. Ausserdem muss das Zusammengehen der verschiedensten Berufsklassen in den Krankenkassen etc. als ein wichtiges Moment zur Milderung der Klassenunterschiede angesehen werden!

Was den technischen Betrieb der Krankenkassen anbelangt, so ist der noch zu häufig vorkommenden Simulation wirksam vorzubeugen; wenn man die Vorstände der Krankenkassen hierüber hört, so wird man allgemein Klagen über



diesen Krebschaden vernehmen. Die gleichzeitige Zugehörigkeit zu einer Ortskrankenkasse und zu einer freien Hilfskasse ist zu verbieten. Die seitens der freien Hilfskassen zu zahlenden Unterstützungen dürfen die von der Ortskrankenkasse gezahlten Beträge nicht erheblich übersteigen!

Die Unfallversicherung ist auf sämtliche Arbeiter, deren Thätigkeit mit Gefahren verbunden sein kann, auszudehnen; nicht ausgeschlossen die Gesellen der kleinen Handwerksmeister, sowie diese selbst. Sämtliche angestellte Aufseher etc. in irgend welchen Betrieben, deren Gehalt 2400 Mk. pro Jahr nicht übersteigt, sind obligatorisch in die Berufsgenossenschaften aufzunehmen.

Für den weiteren Ausbau des Unfallversicherungsgesetzes geben die bisher angesammelten Erfahrungen einen Massstab. Es darf nicht übersehen werden, dass der nachlässige Betriebsunternehmer der Berufsgenossenschaft gegenüber haftpflichtig werden kann. Die Sorge der Fabrikinspektoren muss auf die Durchbildung der Unfallverhütungsvorschriften gerichtet bleiben.

Die Grenzen der an der Invaliditäts- und Altersversicherung Theilnehmenden sind möglichst weit zu ziehen; es sollte hier heissen, wie Fürst Bismarck sich einmal äusserte: Jeder Deutsche ist, wenn er Invalide wird oder ein gewisses Alter erreicht hat, pensionsberechtigt!

Mit der Verbesserung der bestehenden Gesetze, wie sie im Vorstehenden skizzirt ist, muss behutsam vorgegangen werden; die materielle Lage unserer Arbeiter ist heute schon eine solche, dass wir den Vergleich mit keinem Lande der Erde zu scheuen brauchen, daher liegt zu Uebereilungen, die nirgendwo schädlicher wirken als in der Gesetzgebung, kein Grund vor. Es soll hier nur das Prinzip aufgestellt werden, dass allen Arbeitnehmern im weitesten Sinne die Theilnahme an den Segnungen dieser Gesetze möglich zu machen ist.

### Was die Socialdemokratie will!

Worauf die Socialdemokratie hinauswill, das weiss man aus dem bekannten Gothaer Programm: Verstaatlichung der Produktionsmittel! Alles was zur Schaffung von Werthen dient, soll verstaatlicht werden. Unter Anderem wohl auch Intelligenz, Energie, Fleiss, Ausdauer u. s. w.? Wir wollen über diese Utopien nicht viel Worte verlieren. Es genüge daran zu erinnern, dass der Arbeitsdrang und damit die Kultur wegfällt, wenn man den Sporn der höheren Belohnung persönlicher Tüchtigkeit vernichtet! Wir können alsdann Alle nach unseren neuen Colonien auswandern, wo man an Wohnung und Nahrung sehr geringe und an Kleidung noch viel geringere Ansprüche stellt!

Nachdem in Folge der missverstandenen kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar, ausser den Stimmen der Arbeiter wohl sämtliche Vota der deutschen Unterbeamten, vom Nachtwächter und Postschaffner bis zum Stationsassistenten und Steuerexpedienten, und ferner diejenigen der sogenannten Gebildeten mit geringerem Einkommen der Socialdemokratie zugefallen sind, nimmt die Partei ein Zehntel der Reichstagssitze ein. Sie fängt auch an thätigen Antheil an den Arbeiten des Parlaments zu nehmen. In welcher Weise sieht man aus dem Antrag Auer auf Revision der Gewerbeordnung! Es genügt aus diesem Antrag zwei charakteristische Stellen herauszugreifen.

§ 153. Derjenige, welcher mit Anderen vereinbart, Arbeitern desshalb, weil sie an solchen Verabredungen oder Vereinigungen theilnehmen oder theil genommen haben, die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen, oder sie aus der Arbeit zu entlassen, wird mit Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten bestraft. — Warum nicht Zuchthaus? Das also sind die Begriffe von Recht und Billigkeit, wie sie in der Socialdemokratie herrschen? Auf der einen Seite fest gefügte örtliche und internationale Verbände der Arbeiter mit Congressen, dictatorische Ertheilung



von Befehlen zur Niederlegung der Arbeit, Bedrohung und Durchprügelung derjenigen, die Lust zur Arbeit haben, Boycottirung missliebiger Schankwirthe, Lieferanten und Fabrikanten etc., kurz und gut völliger Terrorismus, und auf der anderen Seite 3 Monate Gefängniss für die Arbeitgeber, welche, um Ruhe in ihren 4 Wänden zu haben, von ihrem Hausrechte Gebrauch machen und die Aufwiegler von der Arbeit ausschliessen! Es ist recht gut, dass man klar über die Forderungen der Socialdemokraten wird, denn diese Klarheit wird nach vielen Richtungen hin wie eine kalte Douche wirken!

Dann der Maximalarbeitstag von 10 resp. 8 Stunden an Tagen vor Festen, von 9 Stunden nach dem 1. Januar 1894 und von 8 Stunden nach dem 1. Januar 1898. Der Kriegsminister Verdy du Vernois bemerkte jüngst im Reichstage mit trockenem Humor, er sei mit dem 8stündigen Arbeitstag zufrieden. Mit ihm gewiss viele Andere und zwar gerade Diejenigen, denen keine Werkstunden vorgeschrieben sind, sondern die über die Hälfte der täglichen 24 Stunden in anstrengender geistiger, andere Arbeit erst erzeugender Thätigkeit verbringen. — Herr Delahaye, der famose Delegirte zur Berliner Conferenz, ist mit 8 Stunden noch nicht zufrieden, er betrachtet diese Forderung nur als den Anfang, um mit 2 Stunden zu endigen; viel einfacher wäre es, doch überhaupt nicht zu arbeiten, sondern für jede Arbeit einen Dienstmann anzustellen! Herr Delahaye übersieht, dass die Ansprüche der Arbeiter an das Leben stets steigen, und dass ihre Lebenshaltung einem höheren Niveau zustrebt. Diese Tendenz steht der Ueberführung der gesammten Menschheit in's Schlaraffenland hindernd im Wege!

Man darf nicht vergessen, dass die Socialdemokraten, wenn sie einen 8stündigen Maximalarbeitstag fordern, den Ausdruck auch wörtlich als das Maximum aufgefasst wissen wollen, d. h. also dass der Durchschnitt darunter liegen soll. Ueber nichts ist wohl in der letzten Zeit mehr Maculatur zusammen geschrieben worden, als über den Maximalarbeits-



tag. Auch die Berliner Conferenz darf hiervon nicht ausgenommen werden, und man kann wohl von derselben sagen, *parturiunt montes nascetur*, wenn auch nicht *ridiculus*, so doch eine *mus*! Die Repräsentanten haben sich gegenseitig beweihräuchert und sind dann mit der bekannten schwächlichen Resolution: „Es ist wünschenswerth“ auseinandergegangen. Ganz mit Recht, denn ein Maximalarbeitstag lässt sich für alle Länder gleichmässig nicht fixiren, er wird sogar für die verschiedenen Provinzen eines grossen Reiches schwer festzusetzen sein, oder man muss die Stunden so hoch greifen, dass ein grosser Spielraum bleibt. Immerhin soll der Conferenz nicht das Verdienst abgesprochen werden, zum ersten Male die verschiedenen Regierungen zum directen Meinungsaustausch über sociale Fragen auf dem Wege der Tagung vereinigt zu haben; das ist, wenn auch ein kleiner, so doch ein Schritt vorwärts auf der Bahn der Solidaritätserklärung der Ordnung gegen die Unordnung.

Auf einen Minimal- oder Normallohn hat sich die Conferenz ebenfalls nicht eingelassen; so lange Klima, Körperbeschaffenheit, Geschicklichkeit und Art der Arbeitskräfte, Beschaffungsmöglichkeit der Rohmaterialien, Exportfähigkeit der Producte, Lasten für Wohlfahrtsgesetze, Erfahrung in der Herstellung u. s. w. nicht in allen Ländern gleichartig sind, so lange wird man auch keinen Normal- oder Minimallohn schaffen können, oder derselbe muss wieder so niedrig sein, dass er dem Standpunkte des mit Rücksicht auf die vorgenannten Factoren am niedrigsten stehenden Landes entspricht, und dann hat er wieder keinen Zweck!

Man lasse also die Socialdemokraten ihre beiden Steckenpferde, den Normal-Lohn und -Arbeitstag, ruhig weiter tummeln, aber man hüte sich, ihnen von Autoritätswegen entgegen zu kommen, denn wenn man dem Gedanken Ausdruck verleiht, „der Arbeiter soll an den Früchten seiner Thätigkeit einen grösseren Antheil haben“, so übersetzt sich das die Socialdemokratie mit: „Wir wollen theilen“. Die Aufregung unter den Fabrikarbeitern ist nachgerade so intensiv geworden,

die Wünsche gestalten sich so maasslos, die Strikes werden aus reinem Uebermuth, weil man zu viel verdient, von jungen Burschen so leichtsinnig vom Zaun gebrochen, dass der verständige Arbeitgeber nachgerade anfängt, schlechtere, verdienstlose Zeiten herbeizuwünschen, damit er seinen Betrieb wieder in Ruhe ordnen kann und sich nicht jede Woche mit seinen Leuten über die Löhne auseinanderzusetzen hat. Grundbedingung für die Heilung einer Wunde ist, dass man nicht fortwährend darin herumwühle. Auch die Presse möge sich das merken und ihre stehenden Rubriken über die „Arbeiterbewegung“ aus ihren Spalten herauslassen. Strikes hat es immer gegeben, sogar schon zu Zeiten des Menenius Agrippa, und voraussichtlich werden sie auch so bald noch nicht aufhören. Man mache also kein unnatürliches Aufsehen darüber!

Welche weitere Maassregeln auf dem Gebiete der Social-reform zu treffen sind, das ist bereits im Anfange gesagt worden; darin soll jedoch durchaus nicht die Entbindung des Arbeitgebers von den persönlichen Verpflichtungen seinen Arbeitern gegenüber liegen; er soll nach wie vor Herz und freigebige Hand für den fleissigen und treuen Mitarbeiter haben, er soll aus eigenen Mitteln Wohlfahrtseinrichtungen aller Art treffen, kurz er soll sich der christlichen Pflicht der Nächstenliebe bewusst bleiben, jedoch mit der grössten Schonung des Zartgefühls seiner Arbeiter, denn Wohlthaten, die man dem Empfänger täglich aufs Butterbrod streicht, wirken demoralisirend, weil sie das Selbstbewusstsein degradiren. —

Aber auf der anderen Seite soll Zucht und Ordnung aufrecht erhalten werden, ohne die es überhaupt auf unserem Planeten nicht geht; Jedermann hat sich unterzuordnen, selbstverständlich auch der Fabrikarbeiter, und der wahrhaft freie Mann unterwirft sich gern, weil er es aus Ueberzeugung thut.

Zur Wiederherbeiführung von Disciplin unter den aufgeregten und aufgewiegelten Arbeitermassen erwarten wir von der Regierung die bündige Erklärung, dass nunmehr Ruhe



eintreten soll, und dass neue grundsätzliche, legislatorische Massregeln in der Socialreform nicht beabsichtigt werden; des Weiteren erachten wir die Verlängerung des „Gesetzes über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie“ für unerlässlich! Die Thronrede schweigt darüber; die Thatsache, dass die ausgewiesenen Socialdemokraten allmählich wieder zugelassen werden, spricht für die Annahme, dass die Regierung auf Wiedereinbringung des Gesetzes verzichten will. Sie sei hiermit eindringlichst vor dieser negativen Massregel gewarnt! Der moralische Erfolg, den die letzten Reichstagswahlen der Socialdemokratie eingebracht haben, ist ein grossartiger; wenn der hierdurch erzeugte Siegesrausch nicht eingedämmt wird, wenn man Uebergreifen nicht mit den energischsten Massregeln abhelfen kann, dann werden die Lehren der Socialdemokratie wie ein corrosives Gift weiter um sich fressen, denn es ist immer leichter die Bestie im Menschen zu entfesseln, als ihn für edle Gedanken zu begeistern! Schon schickt man sich an, die Bauern zu bearbeiten: Caveant Consules! Es sollen Agitatoren ausgewiesen werden, es soll der Belagerungszustand erklärt werden können, dem Umstürzler soll das menetekel vor Augen sein! Dann wird er sich in Acht nehmen! Auf die mehr oder minder gelinde Handhabung des Gesetzes hat die Regierung stets Einfluss; es soll uns ganz recht sein, wenn sie in derselben äusserst human ist. — — —

Die Arbeitgeber aber mögen sich, wenn die Regierung die Konsequenzen der Nichtverlängerung des Socialisten-Gesetzes auf sich zu nehmen entschlossen ist, fest zusammenschliessen, denn es handelt sich um ihre ureigenste Sache, und dem Beispiel ihrer Arbeiter folgen! Auch erfüllen sie damit nicht nur eine Pflicht der Selbsterhaltung, sondern sie treten auf als ein wichtiger Faktor für die Erhaltung unserer modernen Kultur. Neben unserer Armee, an deren Organisation keine Ordnungspartei rütteln möge, da der Schwerpunkt ihrer Bestimmung in Zukunft zwischen der Bekämpfung äusserer und innerer Feinde gravitiren wird, ist der Arbeit-



geber berufen, auf der einen Seite durch Güte und Wohlwollen gegen die guten Elemente, auf der anderen durch feste Wahrung seines Standpunktes als Herr seiner Schöpfungen, die gänzlich aus dem Geleise gekommenen Ansichten der grossen Masse der Arbeiterbevölkerung wieder einzurenken. Eine Vogelstrausspolitik darf man nicht treiben, man sehe den Thatsachen muthig ins Gesicht und thue seine Pflicht, die darin besteht jetzt unter keinen Umständen weitere grundsätzliche Konzessionen an die Arbeiter zu machen.

Am 1. Mai hing die Ruhe der meisten Staaten Europas auf den Spitzen der Bayonette; ohne dieselben würden wir einen artigen Vorgeschmack von dem bekommen haben, was uns blüht, wenn Gewalt nicht auch gegen Gewalt ausgespielt werden kann. Ist es doch auch in Deutschland, trotz der enormen Vorsichtsmassregeln und trotz der hierdurch, und durch die Rücksichtnahme auf das im September ablaufende Socialistengesetz, auf der ganzen Linie durch die socialdemokratischen Führer angeordneten Abwiegung zu Ausschreitungen gekommen!

Seien wir also nicht blind, sondern rühren wir uns; bei festem pflicht- und zielbewussten energischen Zusammengehen wird der Erfolg nicht fehlen.

Thun wir Alles, was in unserer Macht steht, damit wir nicht dazu gezwungen werden, — wie es Fürst Bismarck in einem schwarzen Moment vorausgesehen hat — auch einmal zu streiken, denn ein solcher Schritt würde die bedenklichsten Folgen haben, jedoch auch dazu müsste man sich, wenn es für richtig anerkannt wird, entschliessen!

Aber auch alle anderen Factoren im öffentlichen Leben haben die Pflicht die Socialdemokraten darüber aufzuklären, dass weitere Forderungen nicht mehr bewilligt werden können.

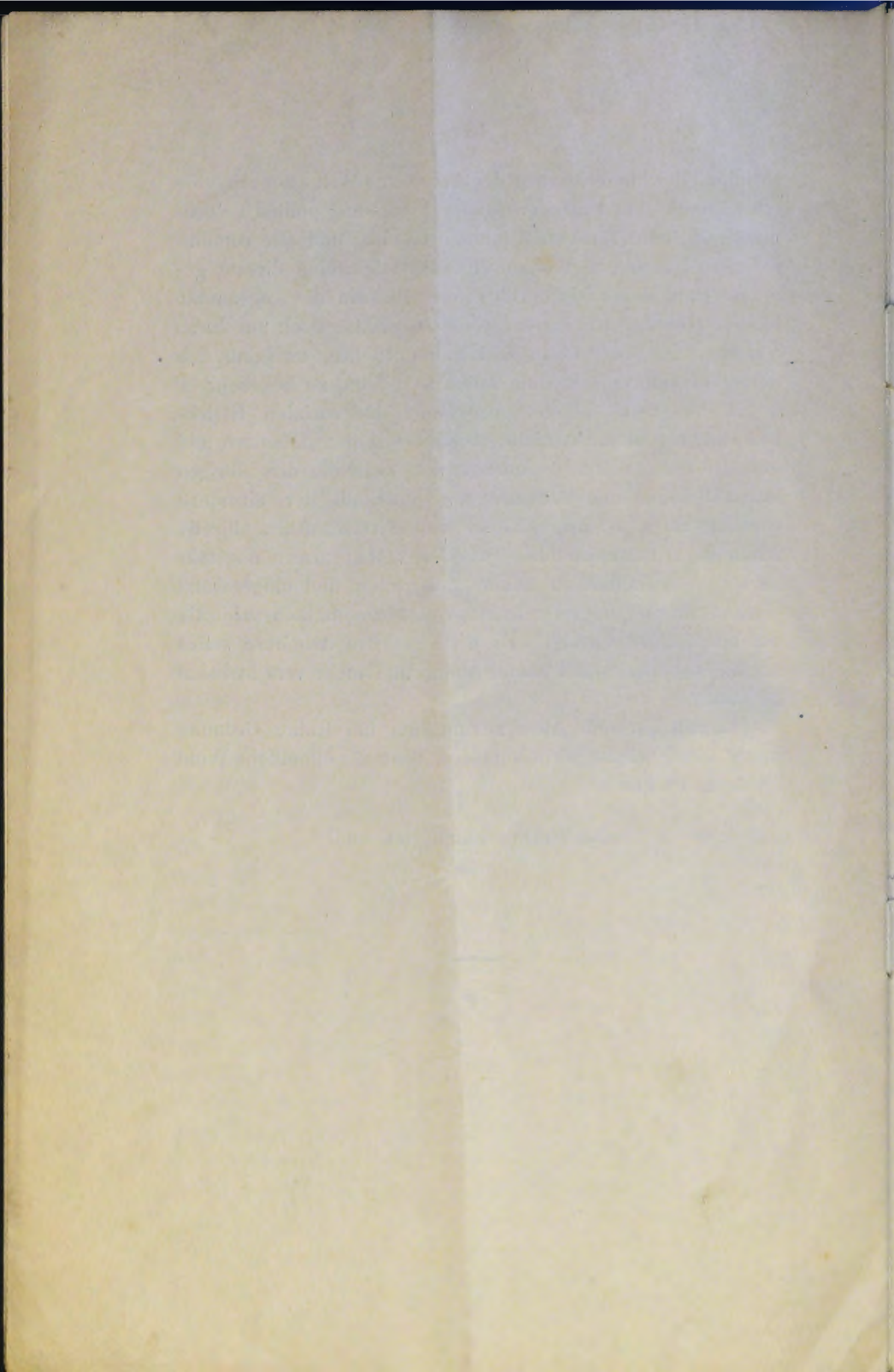
Namentlich wollen die Herren Professoren im Aufstellen ihrer Theorien recht vorsichtig sein, denn was sie dociren, bleibt nicht im Bereich ihrer engen Zuhörerschaft, sondern geht in alle vier Winde. Wie ist es z. B. mit der Anerkennung der

socialen Gleichberechtigung der Arbeiter. Will man dieselbe etwa durch eine Umänderung der Verfassung politisch documentiren, indem man auch für den Landtag und alle communalen und sonstigen Wahlen etc. das allgemeine directe geheime Stimmrecht einführt? Oder will man die sogenannte bessere Gesellschaft, deren sociale Grundsätze doch nur durch Verschmelzung der Ideen Einzelner entatehen, zwingen, sich dieses Rechts, ihre Maxime selbst zu bilden, zu begeben?

Unterschiede in der Auffassung der socialen Gleichberechtigung bestehen nicht nur zwischen den Arbeitern und dem Rest der Stände, sondern auch zwischen den übrigen Ständen sogar mit Schattirungen innerhalb der einzelnen Stände. So wird sich z. B. der volkswirtschaftlich objectiv nützliche Arbeit Leistende — wie Ed. v. Hartmann ungefähr sagt — gesellschaftlich höher einschätzen und eingeschätzt werden als derjenige, welcher privatwirthschaftlich subjectiv nützliche Ziele verfolgt! Es wird von den Arbeitern selbst abhängen, diese Unterschiede mehr und mehr verschwinden zu lassen.

Darum „arbeite Alles zusammen“, um Ruhe, Ordnung und Frieden wieder herbeizuführen, denn das öffentliche Wohl erheischt es und

Salus publica summa lex esto!







• 303

3

LABORATORY

S. C.